

Nachgefragt mit Energiedirektor Stephan Attiger zu den grössten Vorbehalten der Gegner des neuen aargauischen Energiegesetzes

Klimaschutz: «Je früher wir handeln, desto günstiger ist es, je später wir anfangen, desto teurer wird es»

Die AZ konfrontierte Energiedirektor Stephan Attiger mit den grössten Vorbehalten der Gegner des neuen Energiegesetzes. Sie sprach mit ihm über die Erfahrungen in Luzern mit dem Gesetz und warum es in Solothurn scheiterte.

Zahllose Hauseigentümer investieren freiwillig energetisch ins Gebäude. Deren Verbrauch sinkt. Warum bleiben wir nicht dabei?

Stephan Attiger: Es stimmt, viele Menschen tun das Richtige. Neue Häuser werden besser gebaut, brauchen weniger Energie und nutzen diese effizienter. Dies zum einen, weil Heizsysteme durchs Band besser geworden sind, Häuser besser gedämmt werden, neue Fenster dichter sind usw. Das ist aber wesentlich auf die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich zurückzuführen. Diese werden alle paar Jahre gezielt erweitert, um den Absenkpfad fortzuführen. Das ist eine erfolgreiche Strategie. Denn die Kantone können die neuen Anforderungen massgeschneidert umsetzen. Das tun wir auch hier im Aargau.

Braucht es das wirklich? Den Gegnern genügt das geltende Gesetz.

Es trifft zu, dass wir ein gutes Energiegesetz haben. Einige Gegner haben aber seinerzeit auch das jetzige Energiegesetz als staatliches Machwerk bekämpft. Dass sie es jetzt gut finden, spricht für das Gesetz. Wir sind aber noch nicht dort, wo wir hinwollen. Die Schweiz steht zum Pariser Abkommen und will bis 2050 klimaneutral werden. Das wollen auch wir. Deswegen braucht es weitere Massnahmen – mit dem neuen Energiegesetz.

Warum geht es im neuen Energiegesetz eigentlich nur um Gebäude und nicht auch um den Verkehr?

Wir haben eine klare Aufgabenteilung. Der Bund ist für den Verkehr zuständig, wir Kantone für die Gebäude. Diese verbrauchen immerhin rund die Hälfte der Energie, das ist also eine sehr wichtige Aufgabe. Diese Aufteilung finde ich richtig, wir Kantone können so die jeweils besten Lösungen finden. Mir ist wichtig, eine gute Lösung zu finden, sodass sich der Bund nicht einmischen



Stephan Attiger: «Gesetz geht weniger weit als Solothurn damals.» Bild: Chris Iseli

muss. Er schickt sich aber mit dem CO₂-Gesetz zum ersten Mal an, genau das zu tun.

Dann könnte der Kanton doch einfach auf Bern warten?

Das wollen wir eben nicht! Denn der Bund muss eine Einheitslösung für alle finden, wir wollen aber eine massgeschneiderte, aargauische Lösung. Wenn unser Energiegesetz an der Urne gut

geheissen wird, müssen wir das CO₂-Gesetz nicht bis 2023, sondern erst bis 2026 umsetzen. Das gibt uns Zeit für eigene Lösungen ohne Technologieverbote. Bis dann haben wir wohl schon die nächste Gesetzesrevision bereit. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir über 2026 hinaus mit eigenen Lösungen zum Ziel kommen können. Mit unserem Vorgehen sind wir genau richtig.

Was macht Sie da so sicher? SVP und HEV sehen das umgekehrt.

SVP, der Hauseigentümerversand und die EDU bekämpfen das Gesetz. Eine sehr breite Allianz setzt sich aber dafür ein: SP, Grüne, GLP, FDP, CVP, EVP und BDP. Besonders wichtig ist, dass die Energiebranche, der Aargauische Gewerbeverband und die Aargauische Industrie- und Handelskammer – also die Wirtschaft – das Gesetz unterstützen, ebenso der Baumeisterversand, Umwelt- und Naturschutzverbände. Ich bin aber auch sicher, dass das neue Gesetz gut ist. Der Kanton Luzern hat übrigens schon Ja dazu gesagt und erste positive Effekte zeigen sich bereits.

Inwiefern?

Erste Erfahrungen aus dem Kanton Luzern zeigen, dass aufgrund einer vom Gesetz geforderten Gesamtanalyse beim Heizungsersatz in mindestens acht von zehn Fällen von einer fossilen auf eine nichtfossile Heizung gewechselt worden ist. Meistens werden Wärmepumpen eingesetzt. In rund zehn Prozent sind die Gebäude bereits gut gedämmt. Da wollen auch wir hin und genau wie Luzern ohne Technologieverbot. Luzern zeigt, es geht.

Solothurn hat aber sein neues Energiegesetz abgelehnt.

Das stimmt, wir gehen mit unserem Gesetz aber auch weniger weit als Solothurn damals. Dort kämpften die Wirtschaft und die Branche gegen die Vorlage. Hier im Aargau stehen die Wirtschaft und die Branche hinter unserer moderaten Umsetzung.

Die Hauptsorge vieler Hausbesitzer und Mieter ist, dass Wohnen teurer wird.

Nehmen wir das Beispiel einer Wärme-

pumpe. Ja, die ist in der Anschaffung klar teurer als eine neue Ölheizung. Doch die Wärmepumpe ist im Unterhalt und vor allem im Energieverbrauch deutlich günstiger. Damit sinken effektiv die Nebenkosten. Auf die ganze Lebensdauer gerechnet ist die Wärmepumpe sogar günstiger. Zusätzlich ist man dann nicht mehr vom Öl und dessen stark schwankenden Preisen abhängig und tut etwas Gutes fürs Klima.

Sie sagen, das neue Gesetz bringe kein Technologieverbot. Die Gegner argumentieren aber, faktisch könne man mit dem neuen Gesetz keine mehr einbauen.

Das stimmt nicht. Wir haben und bekommen im Aargau mit dem neuen Gesetz kein Ölheizungsverbot. Man kann eine Neue einbauen. Wenn man diese zum Beispiel mit einer Solaranlage oder mit einer zusätzlichen Dämmung kombiniert, sind die Anforderungen erfüllt. Gewiss ist auch, die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Man kann eine neue Ölheizung mit dem neuen Gesetz

sogar noch einbauen, wenn ihre Lebenszykluskosten bis zehn Prozent teurer sind als für eine andere Heizung. Da kann man wirklich nicht von einem Verbot reden.

Das neue Gesetz verlangt bei einem neuen Haus oder bei der Erweiterung, einen Teil des Stromeigenverbrauchs selbst herzustellen. Das ist doch eine Bevormundung.

Wir haben zahllose Dächer im Kanton Aargau, die sich hervorragend für eine Solaranlage eignen. Leider wird nur bei jedem zwanzigsten Neubau eine solche erstellt. Das reicht nicht, um unsere Ziele zu erreichen. Es gibt aber viele Möglichkeiten, angefangen bei einem einfachen Modul aus dem Supermarkt bis zur integralen Profilösung. Alles geht in die richtige Richtung. Die so hergestellte Energie kann man kurzzeitig speichern, braucht dafür keine Netzgebühren, kann sie selbst brauchen. Und man senkt den Druck zum Bau neuer Übertragungsleitungen, das nützt allen.

Die Regierung hat eben erst einen neuen Entwicklungsschwerpunkt Klima beschlossen. Was verspricht sie sich davon?

Energie und Klima sind Zwillinge, Energie ist ein wichtiger Teil des Klimas. Der Klimawandel bringt uns grosse Aufgaben. Wir müssen den Wald umbauen, die Raumplanung anpassen, überlegen, wie Siedlungen künftig aussehen sollen, damit sie nicht überhitzen, weiter Auen renaturieren, um einen Ausgleich zu schaffen. Mit dem neuen Entwicklungsschwerpunkt will die Regierung auch zusätzlich zu den bereits geplanten Massnahmen zehn Millionen Franken für Klimaschutz und Klimaanpassung einsetzen, um rasch und unbürokratisch wirksame und innovative Projekte zu unterstützen. Klar ist für uns: Je früher wir handeln, desto günstiger ist es. Je später wir anfangen, desto teurer wird es. (mku)

WWW.

Das ganze Gespräch auf aargauerzeitung.ch